



WIRTSCHAFT & POLITIK

Ressource Wasser in der Metropolregion Berlin-Brandenburg für die Wirtschaft sichern



IHK
Industrie- und Handelskammern
in Berlin-Brandenburg



Einführung

Die Ressource Wasser und der damit verbundene effiziente Umgang werden nicht nur durch die zunehmenden Wetterextreme, sondern auch durch das Bevölkerungswachstum und den Strukturwandel in der Lausitz für die Metropolregion Berlin-Brandenburg immer bedeutsamer. In Zeiten steigender Wasserbedarfe und abnehmender Grundwasserressourcen ist daher die Versorgungssicherheit eine wichtige Grundlage für die wirtschaftliche Zukunft Berlin-Brandenburgs. Um den Wirtschaftsstandort der Metropolregion zu sichern und zu stärken, müssen negative Auswirkungen klimatischer und struktureller Veränderungen auf die Wirtschaft so gering wie möglich gehalten werden.

Die Industrie- und Handelskammern Berlin und Brandenburgs (IHKn) haben sich deshalb zusammengeschlossen, um gegenüber der Politik stärker auf die Bedarfe und Herausforderungen der Wirtschaft aufmerksam zu machen und Unternehmen für das Thema mehr zu sensibilisieren.

Als ersten Schritt wurde ein länderübergreifender Arbeitskreis im Oktober 2022, bestehend aus Unternehmen, Verbänden und weiteren strategischen Partnern ins Leben gerufen. Zuerst wurden die Bedarfe, Chancen und Herausforderungen der Unternehmen zum Thema Ressource Wasser identifiziert. Anlässlich des Weltwassertags am 22. März wurde ein gemeinsames Forderungspapier mit drei konkreten Handlungsfeldern veröffentlicht (siehe Anlage).

Um zukünftig, die Forderungen anhand von Faktenblättern zu konkretisieren, wurden bereits zwei Umfragen (im Mai 2023) durchgeführt: eine Umfrage bei den Mitgliedsunternehmen im Rahmen der regelmäßigen Konjunkturumfrage und eine weitere bei den Wasserversorgern aus Berlin-Brandenburg (siehe Anlage).

Des Weiteren bieten die IHK Berlin und die Hochschule für Wirtschaft und Recht eine „Innovation-Challenge“ zum Wassermanagement an. Hier kommen Unternehmen mit Innovationsteams von Berliner Hochschulen, Instituten und Startups zusammen, um innovative Lösungen zur Verbesserung deren Wassermanagements zu erarbeiten.

Geplant ist einen länderübergreifenden Wasserkongress, als regelmäßiges Format zu etablieren. Damit soll der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ein Podium gegeben werden, wo sie zusammentreffen und sich zu dringenden Fragen austauschen. Der erste Wasserkongress fand im Juni 2022 im Brandenburgischen Rüdersdorf statt.

Weitere Aktivitäten und Austauschformate sind geplant. Der Prozess ist offen und soll sich entlang der wichtigsten Handlungsfelder entsprechend weiterentwickeln.

Forderungen der Wirtschaft in 3 Handlungsfeldern

Die sichere Versorgung mit Wasser ist eine wichtige Grundlage für die wirtschaftliche Zukunft in Berlin-Brandenburg. Um den Wirtschaftsstandort der Metropolregion zu sichern und zu stärken, müssen negative Auswirkungen klimatischer und struktureller Veränderungen auf die Wirtschaft so gering wie möglich gehalten werden. Gemeinsam mit der Politik müssen dafür notwendige Handlungserfordernisse erarbeitet und umgesetzt werden.

WASSER ALS WIRTSCHAFTSFAKTOR BEGREIFEN

1. Versorgung sicherstellen

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner und Brandenburger Wirtschaft langfristig zu sichern, muss Wasser sowohl quantitativ als auch qualitativ zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stehen. Insbesondere muss eine bedarfsgerechte Wasserversorgung gewährleistet sein. Bei der Errichtung und Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen sind Land und Kommunen aufgefordert, das erforderliche Wasserdargebot in ihren Planungen sicherzustellen.

2. Diskrepanz zwischen sinkendem Angebot und steigender Nachfrage auflösen

Der Klimawandel sowie strukturelle Veränderungen in Wirtschaft und Bevölkerung stellen neue Herausforderungen an das Wassermanagement. Ferner ziehen die Transformation der Wirtschaft (z. B. Wasserstoff als energetische Ressource) sowie die notwendige Stabilisierung der Gewässer, die Forderung nach Wasserrückhalt vor Ort und die Vernässung der Moore einen erhöhten Wasserbedarf nach sich. Einem geringer werdenden Wasserdargebot steht vielerorts ein steigender Bedarf in der Region gegenüber. Hierfür benötigt es intelligente Wassermanagement-Lösungen.

3. Zusätzliche Kosten nicht allein der Wirtschaft aufbürden

In der politischen Debatte erwägen die Länder Berlin und Brandenburg, erhöhte Anforderungen an die Reinigung der Abwässer zu stellen und Gebühren für die Wasserentnahme zu erhöhen. Unternehmen dürfen hierbei nicht überproportional belastet werden. Ein erhöhter Wasserpreis würde zu einem Standortnachteil der Unternehmen führen. Schon jetzt zählen der Stadtstaat Berlin und Brandenburg zu den Bundesländern mit den höchsten Abgabesätzen für Wasserentnahmen. Die politischen Herausforderungen zur Sicherung der Wasserversorgung müssen durch Bund und Länder maßgeblich mitfinanziert werden.

4. Wissens- und Technologietransfer fördern

Um die knapper werdende Ressource Wasser effektiver und nachhaltiger einzusetzen, bedarf es der Weiterentwicklung und Erforschung innovativer Wassertechnologien. Pilotprojekte und Netzwerke sind über geeignete Programme, die auch Unternehmen einschließen, zu fördern. Ferner sollte das Thema Wasser an Hochschulen wieder verstärkt in Forschung und Lehre etabliert werden und neue Kompetenzzentren aufgebaut werden.

LÄNDERÜBERGREIFENDE ZUSAMMENARBEIT AUSBAUEN

1. Datengrundlage für länderübergreifendes Wassermanagement schaffen

Um künftige Wasserbedarfe realistisch einschätzen und managen zu können, sind Entscheider wie Behörden, Wasserverbände und Standortentwickler auf aktuelle Daten und Prognosewerkzeuge angewiesen. Um Entwicklungsszenarien zu erstellen, müssen stetig sowohl Daten zum Grund- und Oberflächenwasser, zu den Folgen des Klimawandels als auch zur wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklung - auch länderübergreifend - systematisch erfasst und per Datenanalysetools bereitgestellt werden.

2. Länderübergreifende Trägerstrukturen etablieren

Eine länderübergreifende Problemlage braucht länderübergreifende Trägerstrukturen. Die Wasserwirtschaftsverwaltungen in Brandenburg, Berlin und Sachsen haben sich gemeinsam zu den wasserwirtschaftlichen Herausforderungen positioniert. Damit es nicht zu Engpässen in der Wasserversorgung kommt und die Qualität des Wassers nicht beeinträchtigt wird, bedarf es eines schnellen, kontinuierlichen und zielgerichteten Handelns. Insbesondere mit Blick auf den Kohleausstieg in der Lausitz muss nun in einem ersten Schritt die avisierte länderübergreifende Geschäftsstelle zügig eingerichtet werden.

3. Länderübergreifende Finanzierung sichern und den Bund in Verantwortung nehmen

Zur Sicherung des länderübergreifenden Wasserdargebots, der Wasserqualität sowie zum klimaresilienten Stadtumbau werden die Länder mit Investitionen in Milliardenhöhe konfrontiert. Die Länder müssen dafür sorgen, dass dem gemeinsamen Träger über eine Verwaltungsvereinbarung die notwendigen Haushaltsmittel zur Umsetzung der Maßnahmen zur Verfügung stehen. Die Länder werden aufgefordert, den Bund in seine - im Kohleausstiegsgesetz gesetzlich verankerte - Verantwortung zur Regulierung des Wasserhaushalts in der Lausitz zu nehmen.



ENTWICKLUNG VOR ORT FÖRDERN

1. Wasserversorgung durch Wasserzuführung und Speicher sichern

Das Wasserangebot ist regional sehr unterschiedlich verteilt. Vor diesem Hintergrund werden Fremdwasserüberleitungen immer stärker als Lösung diskutiert. Diese Aufgabe können die zuständigen Wasserversorger sowohl organisatorisch als auch finanziell nicht allein stemmen. Es ist dringend erforderlich, länderübergreifende Lösungen (Flussüberleitungen) als auch Verbundlösungen (regionale Wasserverteilung) zu prüfen und mit Landes- und Bundesmitteln zu finanzieren. Mit dem Klimawandel wächst der Bedarf an Wasserspeichern. Um in Trockenperioden genug Reserven vorhalten zu können sind weitere Möglichkeiten der Speicherung zu erschließen.

2. Genehmigungsverfahren beschleunigen

Zur Sicherung der Wasserversorgung braucht es schnellere Genehmigungsverfahren. Genehmigungsprozesse zur Erschließung neuer Grundwasservorräte und der Bau von Wasserfernleitungen dauern aktuell mindestens zehn Jahre und sind daher deutlich zu verkürzen. Selbst „einfache“ wasserrechtliche Erlaubnisverfahren zur Wasserentnahme bzw. Abwasserableitung dauern aufgrund fehlender Fristvorgaben teilweise viele Monate oder gar Jahre.

3. Städte und Kommunen klimaresilient und zukunftsfähig gestalten

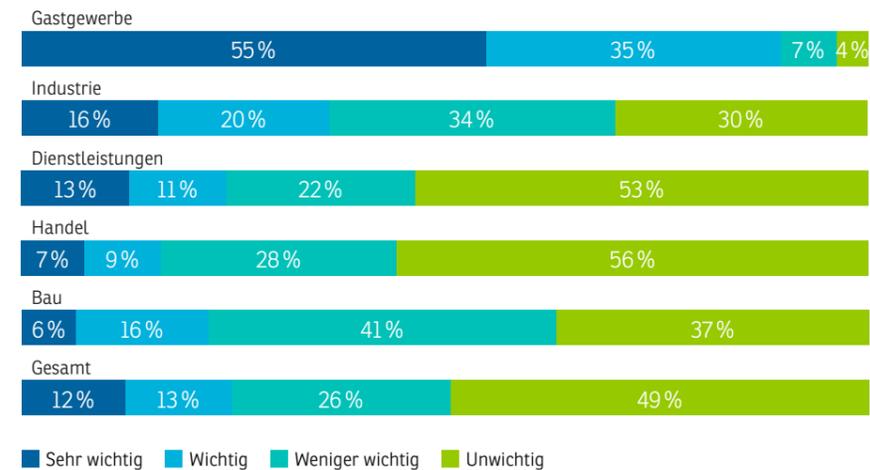
Starkregenereignisse und trockene heiße Sommer nehmen zu. Experten gehen von einem anhaltenden Trend aus. Die Stärkung des natürlichen Wasserkreislaufs und der damit verbundenen Etablierung von Maßnahmen der dezentralen Regenwasserbewirtschaftung stellen daher einen wichtigen Baustein zur Anpassung von Städten und Kommunen an den Klimawandel dar. Diese Resilienz-Steigerung ist essenziell und gehört städtebaulich umgesetzt. Hierbei ist insbesondere der Fokus auf Bestandsgebäude zu setzen. Dafür müssen bestehende Instrumente ausgebaut und Fördermöglichkeiten geschaffen werden.

Wasser ist wichtiger Standortfaktor für Tourismus und Industrie

Umfrage – Mitgliedsunternehmen

Die sichere Versorgung mit Wasser ist elementare Grundlage für die wirtschaftliche Zukunft in Berlin-Brandenburg. Für ein Viertel der befragten Unternehmen spielt das Thema Wasser eine wichtige oder sogar sehr wichtige Rolle für deren Geschäftsbetrieb. Kleinere Unternehmen und Branchen, die Wasser nur für ihre sanitären Anlagen verwenden, schätzen das Thema weniger bedeutsam ein. Hingegen sind wasserintensive Industriebetriebe und der Tourismus auf Wasser in ausreichender Menge und Güte angewiesen. Insbesondere für das Gastgewerbe ist Wasser eine bedeutende Ressource; hier bewerten 90 Prozent Wasser als wichtig bis sehr wichtig für den Geschäftsbetrieb. Danach folgt die Industrie mit 36 Prozent.

Wie wichtig ist Wasser für den Geschäftsbetrieb Ihres Unternehmens?



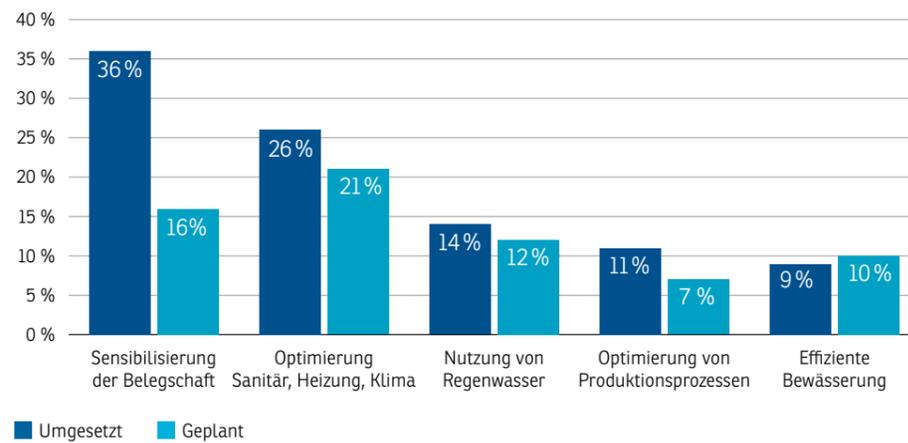
DAS THEMA „WASSER“ IST FÜR DIE TOURISTISCHE NACHFRAGE VON ZENTRALER BEDEUTUNG:

Wasserbezogene Urlaubsaktivitäten oder Wasser als landschaftsprägendes Element sind für einen großen Teil der Urlauber wichtig für ihre Urlaubsreisen. Die Sorge, dass Wassermangel die Geschäftslage negativ beeinflusst ist daher bei dieser Branche besonders hoch. Zudem ist die Ressource Wasser im Bereich der Beherbergung wichtig in den Bereichen Wellness, Küche und Beherbergungsbetrieb (insbesondere Sanitär).

WASSERINTENSIVE INDUSTRIEN, BEISPIELSWEISE DIE CHEMIE-, METALL-, PAPIER UND ZEMENTINDUSTRIE SIND IM BESONDEREN AUF WASSER IN ENTSPRECHENDER GÜTE UND MENGE ANGEWIESEN:

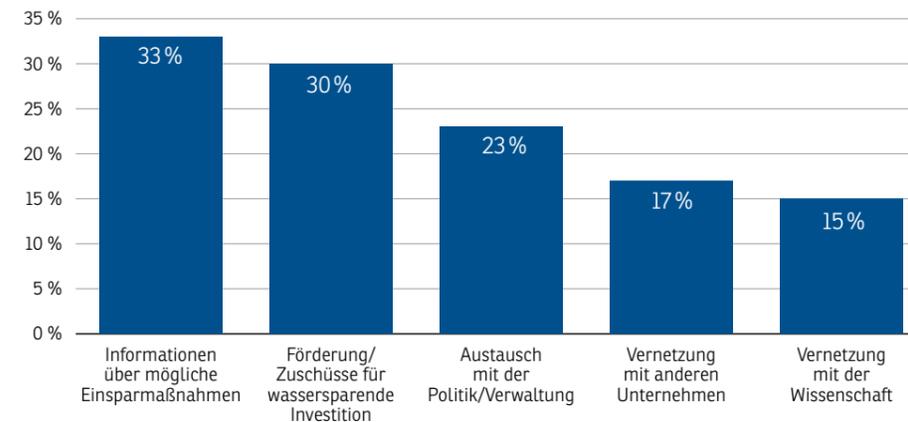
Aus zahlreichen direkten Gesprächen mit Unternehmen wird deutlich, dass Wasser nicht nur bei Neuansiedlungen wichtiger Standortfaktor ist, sondern auch Bestandsunternehmen zunehmend Nutzungskonkurrenzen befürchten.

Welche Maßnahmen zum Wassersparen sind im Unternehmen umgesetzt/geplant?



Bei den Maßnahmen zum Wassersparen setzten Unternehmen bisher vor allem auf ihre Mitarbeitenden: mehr als ein Drittel gibt hier die Sensibilisierung für wassersparendes Verhalten als wichtigste bereits umgesetzte Maßnahme an. Es folgt die Optimierung von Sanitär, Heizung und Klima. Dieser Aspekt ist im Hinblick auf geplante Maßnahmen der Bedeutendste, wiederum folgt die Sensibilisierung der Belegschaft. Für die Industrie und das Gastgewerbe ist zudem die Optimierung von Produktionsprozessen überdurchschnittlich wichtig.

Welche Unterstützungsmaßnahmen wünschen Sie sich für Ihr Unternehmen?



Der Informationsbedarf über Möglichkeiten zum Wassersparen ist über alle Branchen hoch (mehr als ein Drittel). Bedarf nach Förderung für wassersparende Investitionen besteht insbesondere im Gastgewerbe. Der Wunsch nach Vernetzung mit der Wissenschaft und anderen Unternehmen ist in der Industrie etwas stärker ausgeprägt als in anderen Branchen.

Zur Ermittlung der aktuellen und prospektiven Wassersituation für die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg haben die Berliner IHK sowie die drei Brandenburger IHKs im Zusammenhang mit der Frühjahrs-Konjunkturbefragung (April 2023) ihre Mitgliedsunternehmen zu deren Einschätzung befragt. Der Rücklauf umfasst rund 1.700 Antworten.

Ausreichende Wasserrechte und die Datengrundlage bei Prognosen sind für Wasserversorger elementar

Umfrage – Wasserversorger

In der Metropolregion Berlin-Brandenburg rückt eine mögliche Wasserknappheit zunehmend in den Fokus der Wasserversorger. Die größte Herausforderung stellt eine nachhaltige Sicherung der Wasserversorgung dar. Für viele Wasserversorger steht fest, dass der notwendige Vorrang der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung nicht dazu führen darf, dass Wirtschaft und Daseinsvorsorge gegeneinander ausgespielt werden. Sie sehen einen dringenden Handlungsbedarf bei der Vorhaltung ausreichender Wasserrechte, auch um die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung nicht zu gefährden.

Es wird das Erfordernis gesehen, gemeinsam mit Politik und Verwaltung Konzepte zum Umgang mit Wassernutzungskonflikten (69 Prozent) zu erarbeiten. Dafür braucht es ein gemeinsames Handeln der Länder Berlin, Brandenburg und Sachsen (66 Prozent). Von hoher Wichtigkeit wird es sein, wasserrechtliche Verfahren zu beschleunigen und Wassernutzungskonflikte gar nicht erst entstehen zu lassen. Künftige Gewerbeansiedlungen und Unternehmenserweiterungen dürfen nicht daran scheitern, dass Wasser nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung steht. Bestehende wasserintensive Produktionsbetriebe müssen bei der Sicherung ihrer Wasserversorgung und einem effizienten Umgang mit der Ressource unterstützt werden. Der Bestandsschutz darf nicht in Frage gestellt werden.

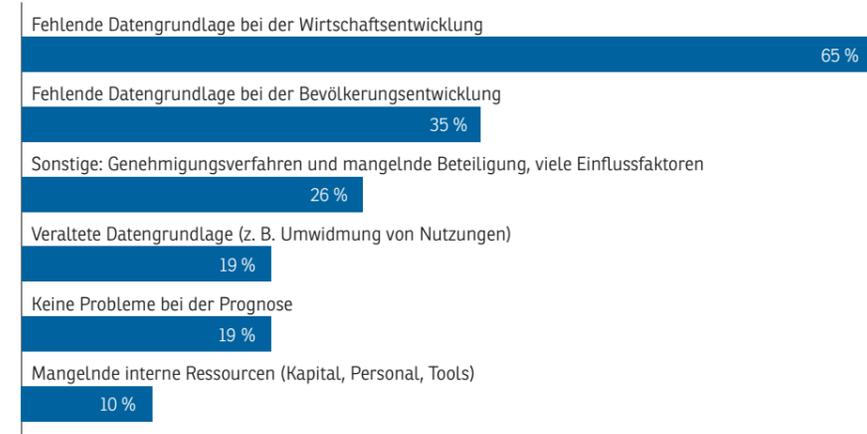
1. PROGNOSE DER WASSERBEDARFE UND DEREN HERAUSFORDERUNG: AKTUELLE DATEN FÜR SICHERUNG DER WASSERVERSORGUNG UND PLANUNG SIND UNERLÄSSLICH

Die Prognose der zukünftigen Wasserbedarfe erfolgt zu 95 Prozent auf der Grundlage von Daten zur Bevölkerungsentwicklung. Immerhin 64 Prozent der Versorger beziehen darüber hinaus die Wirtschaftsentwicklung mit ein. Bedeutsamer werden zudem die klimatischen Entwicklungen. Die Hälfte der Befragten bezieht die Klimastatistiken in ihre Prognosen ein.

Als größte Unsicherheit hat sich die fehlende Datengrundlage bei der Wirtschaftsentwicklung herauskristallisiert. Die Dynamik bei Ansiedlungen insbesondere im Umfeld von Berlin und der Lausitz führen zunehmend zu Unsicherheiten bei der Prognose künftiger Wasserbedarfe.

Welchen Herausforderungen stehen Sie bei der Prognose der Wasserbedarfe gegenüber?

Mehrfachauswahl möglich

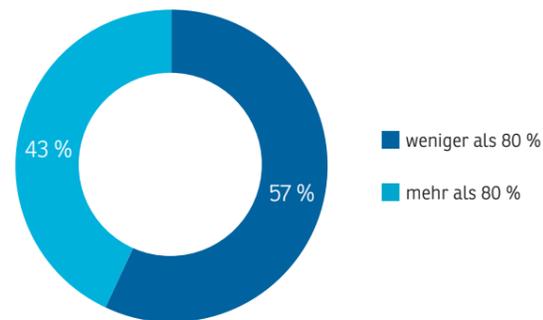




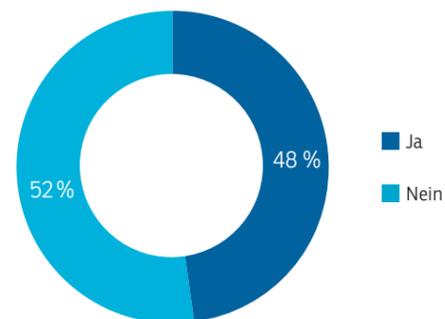
2. WASSERRECHTE UND DEREN AUSSCHÖPFUNG: ALARMIERENDES SIGNAL DER WASSERVERSORGER

Über die Hälfte der befragten Wasserversorger hält ihre Wasserrechte in Zukunft nicht für ausreichend, auch vor dem Hintergrund einer Zunahme der Wasserverbräuche durch Industrie und Gewerbeansiedlungen. Es werden Wasserverbräuche erwartet, die mit vorhandenen Wasserrechten nicht mehr bedient werden könnten. Bereits heute schöpfen mehr als vier von zehn der Befragten ihre Wasserrechte über die kritische Grenze von 80 Prozent aus. Mit Blick auf diese Auslastung befürchten die Versorger, ihre Wasserrechte angesichts steigender Nutzungskonflikte erstmalig abgeben zu müssen. Damit stehen die Länder vor einer großen Herausforderung, damit umzugehen. Es wird ein zunehmender Kampf ums Wasser befürchtet, wenn nicht möglichst schnell Lösungen entwickelt werden, um den Spitzenverbräuchen in den Sommermonaten und länger werdenden Trockenperioden entgegenzutreten.

Zu wieviel Prozent schöpfen Sie aktuell Ihre Wasserrechte aus?



Halten Sie Ihre Wasserrechte für ausreichend auch vor dem Hintergrund perspektivisch größerer Wasserverbraucher (Industrie)?



3. DRINGENDSTER POLITISCHER HANDLUNGSBEDARF: NUTZUNGSKONFLIKTE GEMEINSAM LÖSEN

Die Befragung macht deutlich, dass sich die Wasserversorger eine größere Unterstützung von der Wasserverwaltung wünschen. Es braucht neben Konzepten im Umgang mit Wasserkonflikten und schnelleren Genehmigungsverfahren dringend ein gemeinsames Handeln der Länder Berlin, Brandenburg und Sachsen. Zudem wird ein hoher Bedarf bei der Verbesserung der Datenlage gesehen. Das Thema Wasser muss als Standortfaktor zudem stärker bei der Ansiedlung von Industrie und Gewerbe berücksichtigt werden.

	Strategie/Datenlage/Sensibilisierung	Regionalplanung und Genehmigungsverfahren
1.	Konzepte für den Umgang mit Wassernutzungskonflikten 69 %	Frühzeitige Einbindung der Wasserverbände bei Ansiedlungsvorhaben der Industrie 66 %
2.	Länderübergreifender strategischer Gesamtplan Wasser (Berlin, Brandenburg, Sachsen) 66 %	Schnelle Genehmigungsverfahren bei der Erschließung neuer Wasserrechte 59 %
3.	Verbesserung der Datenlage 56 %	Aufnahme des Kriteriums Wasser in den Katalog von Mindestanforderungen für Flächen zur Ansiedlung von Industrie und Gewerbe 47 %
4.	Einheitliche Datenerhebung und Prognosen für alle Wasserverbände 34 %	Finanzielle Unterstützung beim Bau von Fernleitungen und Verbundvorhaben zur Wasserversorgung 44 %
5.	Bereitstellen von Prognosetools zur Abschätzung künftiger Wasserbedarfe 28 %	Berücksichtigung von Vorbehalts- und (Vorrang)gebieten in den Regionalplanungen 41 %



Die Umfrage fand in Kooperation mit dem Verband der Kommunalen Unternehmen e.V. Landesgruppe Berlin-Brandenburg statt.

Befragt wurden 78 Wasserversorger in Berlin-Brandenburg, mit einer Rücklaufquote von 50 Prozent (39 Versorger). Der Rücklauf lässt eine flächendeckende Beurteilung über alle Landkreise, kreisfreien Städte und Berlin zu. Die Umfrage ergänzt die Befragung der Unternehmen im Rahmen der Frühjahrs-Konjunkturbefragung vom April 2023.



IMPRESSUM

Herausgeber

Arbeitskreis der Industrie- und Handelskammern
Berlin und Brandenburg

Redaktion

IHK Cottbus
Dorit Köhler
Telefon: +49 355 365 1500
E-Mail: dorit.koehler@cottbus.ihk.de

IHK Berlin
Larissa Scheu
Telefon: +49 171 3537884
E-Mail: larissa.scheu@berlin.ihk.de

IHK Berlin
Wendy Brandt
Telefon: +49 170 2392729
E-Mail: wendy.brandt@berlin.ihk.de

IHK Potsdam
Barbara Nitsche
Telefon: +49 331 27 86-163
E-Mail: barbara.nitsche@ihk-potsdam.de

IHK Ost-Brandenburg
Jacek Jeremicz
Telefon: +49 160 90533763
E-Mail: jeremicz@ihk-ostbrandenburg.de

Layout

IHK Berlin, Stephanie Krause

Titelbild

picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Patrick Pleul

Stand

Juni 2023

